

Lothar Binding (Heidelberg)

- (A) nicht regierungsfähig, und wenn man nicht regierungsfähig ist, dann braucht man keine Koalition zu bilden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Insofern versucht man mit der Beantragung einer namentlichen Abstimmung, die Menschen hinters Licht zu führen, die unsere Abläufe nicht kennen. Und es ist gut, dass sie sie nicht alle kennen. Denn sie haben vielleicht einen eigenen Beruf und müssen sich um ihre Arbeit kümmern. Aber dieses Missverhältnis der Erkenntnis wird von der Linken schamlos ausgenutzt. Das halte ich für sehr fragwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Stellen wir uns einmal vor, dass die SPD-Fraktion einen Koalitionsvertrag mit der Linken und vielleicht auch mit den Grünen schließt.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Unglaublich! – Heiterkeit bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich habe nur eine Hypothese aufgestellt. – Nehmen wir einfach an, dass dem so wäre.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Unwahrscheinlich!)

- (B) Dann würde jemand in diesem Haus – ich wage mir nicht vorzustellen, wer das sein könnte – den schön formulierten Antrag „Raus aus der NATO“ stellen. Aber in unserem Koalitionsvertrag würde stehen, dass wir in der NATO verbleiben. Schließlich würde die SPD-Fraktion keinen Koalitionsvertrag unterschreiben, wenn in ihm nicht steht, dass Deutschland Mitglied der NATO bleibt. Würde die Linke nun diesen Koalitionsvertrag brechen und dem Antrag einer anderen Fraktion auf Austritt aus der NATO zustimmen? Wärt ihr so unehrlich und vertragsuntreu?

(Zurufe von der CDU/CSU: Ja!)

Dann würde ich euch vorwerfen, dass ihr eure Grundsätze verrätet.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre bestimmt durch eine namentliche Abstimmung zu dokumentieren, um zu zeigen, dass ihr tatsächlich das Gegenteil macht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Wir kommen jetzt zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Keine Steuerbefreiung für Atomkraftwerke – Die Brennelementesteuer muss bleiben“.

Zu dieser Abstimmung liegt eine Reihe von Erklärungen nach § 31 der Geschäftsordnung vor.¹⁾

¹⁾ Anlagen 4 bis 6

(C) Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/10094, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/9124 abzulehnen. Wir stimmen nun über die Beschlussempfehlung namentlich ab. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind alle Plätze an den Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung.

Gibt es jetzt noch Mitglieder des Hauses, die ihre Stimmkarte noch nicht abgegeben haben? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis wird Ihnen später bekannt gegeben.²⁾

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 11 auf:

- Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung

Fortsetzung und Ergänzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS auf Grundlage von Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 7 des Vertrages über die Europäische Union und den Resolutionen 2170 (2014), 2199 (2015), 2249 (2015) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie des Beschlusses der Staats- und Regierungschefs vom NATO-Gipfel am 8./9. Juli 2016

Drucksachen 18/9960, 18/10244

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

Drucksache 18/10275

Hierzu liegen zwei Entschließungsanträge der Fraktion Die Linke vor. Über diese Entschließungsanträge werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Niels Annen, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Niels Annen (SPD):

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich diese Aussprache mit einer Vorbemerkung beginnen. Das Mandat, über das wir heute entscheiden, ist kein Einsatz für die Türkei und erst

²⁾ Ergebnis Seite 19841 C

Niels Annen

- (A) recht nicht für die türkische Regierung oder ihren Präsidenten, Herrn Erdogan.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Das glaubt ihr doch selber nicht!)

Dieses Mandat dient der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, nämlich der Terrormiliz IS. Es dient damit auch unserer eigenen Sicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich glaube, dass diese Vorbemerkung angesichts der manchmal ja auch etwas hitzigen Debatte in Deutschland notwendig ist. Ich will deswegen auch daran erinnern, dass wir in diesem Hause vor wenigen Stunden die in der Tat notwendige Debatte über die innenpolitische Situation in der Türkei geführt haben. Ich glaube, dass es die richtige Entscheidung ist, beides getrennt zu diskutieren.

Zur Sache: Wir alle kennen die Bilder und Nachrichten von der aktuellen Situation vor allem im Irak und von der großen Offensive zur Befreiung der Stadt Mosul, die im Moment noch von der Terrormiliz IS gehalten wird. Diese Offensive, aber auch die militärische Entwicklung in den letzten Wochen und Monaten zeigen – das ist vor dem Hintergrund der ganzen Debatte, die uns bedrückt, und in Anbetracht der Bilder, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, eine gute Nachricht –: Die Terrormiliz IS ist in der Defensive. Aber der Kampf ist noch lange nicht vorbei. Ich glaube, wir alle müssen uns darauf einstellen, dass es eine lange Auseinandersetzung wird, in der es naturgegeben auch Rückschläge geben kann.

(B)

Dennoch: Die internationale Koalition, die sich versammelt hat und die heute aus 67 Staaten besteht, hat den richtigen Weg eingeschlagen. Ich hoffe, dass der Bundestag deutlich machen wird, dass sich unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, mit den Soldatinnen und Soldaten, die wir entsendet haben, und mit den Fähigkeiten, die wir bereitstellen wollen – die Luftaufklärung, die Luftbetankung, zukünftig ergänzt um das Mandat AWACS –, als Teil dieser Koalition empfindet, dass wir Verantwortung übernehmen und dass wir uns – gerade angesichts der Wahl in den Vereinigten Staaten und der Verunsicherung, die dieses Wahlergebnis ausgelöst hat – als verlässlicher Partner präsentieren wollen. Das ist wichtiger denn je.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen in der Tat über Mosul reden. Es gibt in diesem Krieg bedauerlicherweise viele Auseinandersetzungen, es gibt viele Fronten. Aber Mosul ist eine entscheidende Etappe. Warum? Weil wir, die internationale Staatengemeinschaft, in Mosul aufgrund der Verantwortung, die wir tragen, nicht zulassen würden, dass die irakischen Kräfte dieselben Fehler wiederholen, die sie zum Beispiel in Falludscha gemacht haben. Unser Ziel muss sein, in dem manchmal schwierigen Dialog mit der irakischen Regierung und den Verbündeten dafür zu sorgen, dass es nicht zu einer weiteren Zuspitzung der konfessionellen Konflikte im Irak kommt und dass der Ethnisierung des Konflikts, wenn dies schon nicht ganz gestoppt werden kann, zumindest entgegengewirkt wird.

Die Befreiung Mosuls ist ein wichtiges Ziel. Aber sie darf nicht dazu führen, dass sich die Auseinandersetzung zwischen Sunniten und Schiiten weiter zuspitzt. Deswegen geht es im Moment nicht nur um das Schicksal einer Millionenstadt; es geht möglicherweise um die Zukunft des Irak als souveränen Staat. Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir klarmachen: Die Unterstützung dieses Hauses für die Kräfte in der Region, gerade im Irak, die sich dafür einsetzen, dass dieses Land in Zukunft Heimat bietet für alle ethnischen Gruppen, für alle Minderheiten, für alle religiösen Gruppen – das muss die Grundlage unseres Handelns sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich mich bei Außenminister Steinmeier für seine Initiative bedanken, die er mit der Unterstützung dieses Hauses auf den Weg gebracht hat. Ich kenne kein anderes europäisches Land, das sich in den letzten Wochen und Monaten so dafür eingesetzt hat, dass die Abfederung der schon heute sichtbaren Konsequenzen dieser Offensive – steigende Flüchtlingszahlen und menschliche Dramen, die sich dort abspielen – gelingt. Wir leisten dort einen humanitären Beitrag. Schon bei der Vorbereitung dieser Operation haben wir mitgeholfen, dass Flüchtlingseinrichtungen aufgebaut wurden und dass Mittel dafür bereitstehen, dass die befreiten Gebiete Wasser haben, dass es eine Gesundheitsversorgung gibt und dass die Infrastruktur wiederaufgebaut wird.

Ich weiß natürlich: Die Voraussetzung dafür ist, dass zum Beispiel die mit der irakischen Armee verbündeten schiitischen Milizen, die sich in den letzten Jahren auch schwerer Verbrechen schuldig gemacht haben, eben nicht sunnitische Gebiete dominieren und besetzen. Aber in dem Augenblick, in dem das gelingt, müssen wir als internationale Gemeinschaft da sein und einspringen. Deswegen ist diese Initiative wirklich ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Ich glaube, er zeigt auch, dass das, was wir hier vor uns haben, weit mehr ist als eine rein militärische Operation. Es ist ein Beitrag zur Stabilisierung einer Region, deren Kernkonflikt wir hier in Europa nicht lösen können. Es ist ein Konflikt, zu dessen Lösung wir aber beitragen können. Und wir tragen zu einer Verbesserung der humanitären Situation und zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus bei, aber – ich will das am Ende noch einmal sagen, weil wir die Anschläge in Europa erlebt haben – wir tragen auch zu unserer eigenen Sicherheit bei.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, können Sie, glaube ich, mit gutem Gewissen zustimmen. Ich bitte jedenfalls um die Mandatierung.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt der Kollege Dr. Alexander Neu.

(Beifall bei der LINKEN)

(A) **Dr. Alexander S. Neu** (DIE LINKE):

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Heute stimmen wir über einen Auslandseinsatz ab, der eine besondere Aufmerksamkeit verdient, besonders weil Ihr Gewissen in außerordentlichem Maße gefragt ist und Sie sich nicht auf die Fraktionsdisziplin zurückziehen sollten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen Ihrem Gewissen folgen und dabei folgende Fragen beantworten können:

Erstens. Können Sie wirklich mit gutem Gewissen einem Einsatz zustimmen, der nicht verfassungs- und völkerrechtskonform ist?

(Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Na, na, na!)

Zweitens. Können Sie es mit Ihrem Gewissen vereinbaren, einen Bundeswehreinsatz zu befürworten, ohne dass die faktischen Unterstützerstaaten des IS und anderer Dschihadisten, namentlich die Türkei und Saudi-Arabien, zur Rechenschaft gezogen werden?

Die Bundesregierung kann sich in diesem Fall nicht auf Unkenntnis berufen. Die Bundesregierung hat in der Antwort auf eine Kleine Anfrage, wie die Medien abgedruckt haben, zugegeben: Die Türkei hat sich „zur zentralen Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen der Region des Nahen und Mittleren Ostens“ entwickelt. – Das war die Antwort der Bundesregierung. Sie wissen also, mit wem Sie es zu tun haben.

(Beifall bei der LINKEN)

(B)

Anstatt daraus die Konsequenzen zu ziehen, verkaufen Sie weiter Waffen und Rüstungsgüter in die Türkei und Saudi-Arabien.

Drittens. Können Sie die Stationierung der Bundeswehr in der Türkei mit einem guten Gewissen bejahen? Ich glaube, nicht.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Doch!)

Und warum nicht? Die Türkei rutscht unter dem Sultan Erdogan in die Despotie ab. Er bombardiert die Kurden, es findet eine massive Verfolgung linker und liberaler Medien und Parteien statt, und es findet eine massive Säuberung des Staatsapparats ohne rechtsstaatliche Verfahren statt. Und was macht die Bundesregierung? Was macht Frau Merkel? Sie ist lediglich besorgt.

Hinzu kommt: Erdogan führt die Bundesrepublik Deutschland am Nasenring durch die internationale Arena. Der Deutsche Bundestag kann seine Kontrollaufgaben gegenüber der Bundeswehr in der Türkei nicht kontinuierlich und nicht vollumfänglich wahrnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Erdogan verlangte von der Bundesregierung die Distanzierung von der Armenien-Resolution des Deutschen Bundestages als Vorleistung für den Besuch in der Türkei, in Incirlik.

(Niels Annen [SPD]: Sind Sie da gewesen oder nicht?)

– Ich bin da gewesen, ja. Genau. Die Vorleistung wurde erbracht. Die Merkel/Steinmeier-Regierung ist eingeknickt. Sie hat geliefert, wie von Erdogan gewünscht. (C)

Aber es war ein Ausnahmefall. Es war kein kontinuierliches Besuchsrecht, was wir dort erlebt haben. Diese Befürchtung habe ich seinerzeit geäußert. Diese Befürchtung hat sich bewahrheitet. Jan van Aken wartet bis heute auf die Zustimmung zur Einreise nach Incirlik. Die Abgeordneten der CDU/CSU von Stetten und Brand durften ebenfalls nicht nach Incirlik. Ich bin mal gespannt, wie die beiden gleich abstimmen werden.

Die Bundesregierung bestätigt in einer extrem peinlichen Protokollerklärung selber – ich zitiere –:

Im Lichte der aktuellen Entwicklungen in der Türkei erklärt die Bundesregierung ..., dass sie sich weiterhin mit Nachdruck gegenüber der türkischen Regierung für die Ermöglichung von Besuchen der Abgeordneten des Deutschen Bundestages einsetzen wird.

Das ist niedlich, meine Damen und Herren, wirklich niedlich.

(Beifall bei der LINKEN – Henning Otte [CDU/CSU]: Wenigstens richtig vorgelesen!)

Was hier als niedliche Anstrengung der Bundesregierung verkauft wird, ist nichts anderes als das, dass einige Fraktionsgrößen der SPD versuchen, den Abgeordneten der SPD Sand in die Augen zu streuen. Das Besuchsrecht der Abgeordneten für die im Ausland stationierten Soldaten der Bundeswehr ist eine Voraussetzung und keine Verhandlungsmasse, meine Damen und Herren! (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Mit dieser Protokollerklärung versucht die Bundesregierung nur, die Abgeordneten der SPD zu besänftigen, um die Stationierung der Bundeswehr im Erdogan-Reich sichern zu können.

Aber noch kein Ende der Realsatire. Man setzt noch einen drauf. Man hält bis heute daran fest, den Bundeswehrstandort in Incirlik für 60 Millionen Euro auszubauen. Während in deutschen Schulen der Putz von der Decke fällt, weil angeblich kein Geld da ist,

(Ulli Nissen [SPD]: Es reicht!)

schiebt die Bundesregierung dem Erdogan-Regime 60 Millionen Euro Steuergelder in den Arsch.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Widerspruch bei der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: Jetzt ist aber Schluss!)

– Da sind Sie empört. Sie sollten über Ihr Verhalten empört sein.

(Ulli Nissen [SPD]: Das ist überhaupt nicht witzig!)

(A) **Vizepräsident Johannes Singhammer:**
Herr Kollege Dr. Neu, ich glaube, dass wir uns durchaus um eine parlamentarische Ausdrucksweise bemühen sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Der weiß nicht, wie das geht!)

Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE):

Ich glaube, diese Formulierung ist mittlerweile Usus. – Sehr geehrte MdBs, insbesondere der SPD, folgen Sie endlich Ihrem Gewissen! Die SPD hat doch angekündigt, dass sie dem Mandat nicht zustimmen wird, wenn es kein Besuchsrecht in Incirlik gibt. Wir haben kein Besuchsrecht! Stehen Sie also zu Ihrem Wort, und lehnen Sie den Antrag gemeinsam mit der Linken ab.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Haben Sie endlich das Rückgrat, wie es damals Bundeskanzler Gerhard Schröder im Vorfeld des Krieges mit dem Irak hatte. Er hat Nein gesagt. Sagen Sie jetzt auch einmal Nein. Zeigen Sie dem Erdogan-Regime die Rote Karte.

(Beifall bei der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Die zeigen wir Ihnen! – Ulli Nissen [SPD]: Was ist das für ein Vergleich? Mann!)

(B) Eines muss immer wieder gesagt werden: Es darf keine Beteiligung der Bundeswehr an Konflikten im Nahen Osten geben, auch nicht in Syrien und im Irak.

(C) Das verbietet sich schon allein aufgrund der deutschen Geschichte, zumal das Sterben in Syrien und im Irak dadurch nicht beendet wird.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Sagen Sie mal was zu den IS-Opfern! – Ulli Nissen [SPD]: Was machen Sie denn gegen den IS?)

Die Mitglieder der SPD und die Wähler der SPD würden sich wirklich freuen, wenn die SPD Rückgrat beweisen würde. Sie würden Ihnen danken.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Vergessen Sie nicht, sehr geehrte Damen und Herren von der SPD: In weniger als einem Jahr haben wir Bundestagswahl. Dann wird sich entscheiden – auch anhand dieser Abstimmung –, wie Sie abschneiden werden.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN – Ulli Nissen [SPD]: Da haben wir jetzt aber Angst!)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Bevor als nächste Rednerin die Kollegin Manderla das Wort hat, darf ich das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Antrag „Keine Steuerbefreiung für Atomkraftwerke – Die Brennelementesteuer muss bleiben“ bekannt geben: abgegebene Stimmen 583. Mit Ja, also für die Empfehlung des Finanzausschusses, haben gestimmt 472, mit Nein haben gestimmt 109, Enthaltungen 2. Die Beschlussempfehlung ist damit angenommen.

Endgültiges Ergebnis		Peter Beyer
Abgegebene Stimmen:	583;	Steffen Bilger
davon		Clemens Binninger
ja:	472	Peter Bleser
nein:	109	Dr. Maria Böhmer
enthalten:	2	Norbert Brackmann
Ja		Klaus Brähmig
CDU/CSU		Michael Brand
Stephan Albani		Dr. Reinhard Brandl
Katrin Albsteiger		Helmut Brandt
Artur Auernhammer		Dr. Ralf Brauksiepe
Dorothee Bär		Dr. Helge Braun
Thomas Bareiß		Heike Brehmer
Norbert Barthle		Ralph Brinkhaus
Günter Baumann		Cajus Caesar
Maik Beer mann		Gitta Connemann
Manfred Behrens (Börde)		Alexandra Dinges-Dierig
Veronika Bellmann		Alexander Dobrindt
Sybille Benning		Michael Donth
Dr. André Berghegger		Thomas Dörflinger
Dr. Christoph Bergner		Marie-Luise Dött
Ute Bertram		Hansjörg Durz
		Iris Eberl
		Jutta Eckenbach
		Dr. Bernd Fabritius

Hermann Färber	Michael Grosse-Brömer
Uwe Feiler	Astrid Grotelüschen
Dr. Thomas Feist	Markus Grübel
Enak Ferlemann	Manfred Grund
Ingrid Fischbach	Oliver Grundmann
Dirk Fischer (Hamburg)	Monika Grütters
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)	Dr. Herlind Gundelach
Klaus-Peter Flosbach	Fritz Güntzler
Thorsten Frei	Olav Gutting
Dr. Astrid Freudenstein	Florian Hahn
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)	Rainer Hajek
Michael Frieser	Dr. Stephan Harbarth
Hans-Joachim Fuchtel	Jürgen Hardt
Alexander Funk	Gerda Hasselfeldt
Ingo Gädechens	Matthias Hauer
Dr. Thomas Gebhart	Mark Hauptmann
Alois Gerig	Dr. Stefan Heck
Eberhard Gienger	Dr. Matthias Heider
Cemile Giousouf	Helmut Heiderich
Josef Göppel	Mechthild Heil
Ursula Groden-Kranich	Frank Heinrich (Chemnitz)
Hermann Gröhe	Mark Helfrich
Klaus-Dieter Gröhler	Uda Heller
	Jörg Hellmuth
	Rudolf Henke

(D)

(A)	Michael Hennrich	Paul Lehrieder	Sibylle Pfeiffer	Michael Stübgen	(C)
	Ansgar Heveling	Dr. Katja Leikert	Eckhard Pols	Dr. Sabine Sütterlin-Waack	
	Dr. Heribert Hirte	Dr. Philipp Lengsfeld	Thomas Rachel	Antje Tillmann	
	Christian Hirte	Dr. Andreas Lenz	Kerstin Radomski	Astrid Timmermann-Fechter	
	Robert Hochbaum	Philipp Graf Lerchenfeld	Alexander Radwan	Dr. Hans-Peter Uhl	
	Alexander Hoffmann	Dr. Ursula von der Leyen	Alois Rainer	Dr. Volker Ullrich	
	Thorsten Hoffmann	Antje Lezius	Dr. Peter Ramsauer	Arnold Vaatz	
	(Dortmund)	Ingbert Liebing	Eckhardt Rehberg	Oswin Veith	
	Karl Holmeier	Matthias Lietz	Lothar Riebsamen	Thomas Viesehon	
	Franz-Josef Holzenkamp	Andrea Lindholz	Josef Rief	Michael Vietz	
	Dr. Hendrik Hoppenstedt	Dr. Carsten Linnemann	Johannes Röring	Volkmar Vogel (Kleinsaara)	
	Margaret Horb	Patricia Lips	Kathrin Rösel	Sven Volmering	
	Bettina Hornhues	Wilfried Lorenz	Dr. Norbert Röttgen	Christel Voßbeck-Kayser	
	Charles M. Huber	Dr. Claudia Lücking-Michel	Erwin Rüdell	Kees de Vries	
	Anette Hübinger	Dr. Jan-Marco Luczak	Albert Rupprecht	Dr. Johann Wadephul	
	Hubert Hüppe	Daniela Ludwig	Anita Schäfer (Saalstadt)	Marco Wanderwitz	
	Erich Irlstorfer	Karin Maag	Dr. Wolfgang Schäuble	Karl-Heinz Wange	
	Thomas Jarzombek	Yvonne Magwas	Andreas Scheuer	Nina Warken	
	Sylvia Jörrißen	Thomas Mahlberg	Karl Schiewerling	Kai Wegner	
	Dr. Franz Josef Jung	Dr. Thomas de Maizière	Jana Schimke	Dr. h.c. Albert Weiler	
	Andreas Jung	Gisela Manderla	Norbert Schindler	Marcus Weinberg (Hamburg)	
	Xaver Jung	Matern von Marschall	Tankred Schipanski	Dr. Anja Weisgerber	
	Bartholomäus Kalb	Hans-Georg von der Marwitz	Christian Schmidt (Fürth)	Peter Weiß (Emmendingen)	
	Hans-Werner Kammer	Andreas Mattfeldt	Gabriele Schmidt (Ühlingen)	Sabine Weiss (Wesel I)	
	Steffen Kanitz	Stephan Mayer (Altötting)	Patrick Schnieder	Ingo Wellenreuther	
	Alois Karl	Reiner Meier	Nadine Schön (St. Wendel)	Karl-Georg Wellmann	
	Anja Karliczek	Dr. Michael Meister	Dr. Klaus-Peter Schulze	Marian Wendt	
	Bernhard Kaster	Jan Metzler	Uwe Schummer	Waldemar Westermayer	
(B)	Volker Kauder	Maria Michalk	Armin Schuster (Weil am Rhein)	Kai Whittaker	(D)
	Dr. Stefan Kaufmann	Dr. h.c. Hans Michelbach	Christina Schwarzer	Peter Wichtel	
	Ronja Kemmer	Dr. Mathias Middelberg	Detlef Seif	Annette Widmann-Mauz	
	Roderich Kiesewetter	Dietrich Monstadt	Johannes Selle	Heinz Wiese (Ehingen)	
	Dr. Georg Kippels	Karsten Möring	Reinhold Sendker	Klaus-Peter Willsch	
	Volkmar Klein	Marlene Mortler	Dr. Patrick Sensburg	Oliver Wittke	
	Jürgen Klimke	Volker Mosblech	Bernd Siebert	Dagmar G. Wöhrl	
	Axel Knoerig	Elisabeth Motschmann	Thomas Silberhorn	Barbara Woltmann	
	Jens Koeppen	Dr. Gerd Müller	Johannes Singhammer	Tobias Zech	
	Markus Koob	Carsten Müller	Tino Sorge	Dr. Matthias Zimmer	
	Carsten Körber	(Braunschweig)	Jens Spahn	Gudrun Zollner	
	Hartmut Koschyk	Stefan Müller (Erlangen)	Carola Stauche	SPD	
	Kordula Kovac	Dr. Philipp Murmann	Dr. Frank Steffel	Niels Annen	
	Michael Kretschmer	Dr. Andreas Nick	Dr. Wolfgang Stefinger	Rainer Arnold	
	Gunther Krichbaum	Michaela Noll	Albert Stegemann	Heike Baehrens	
	Dr. Günter Krings	Helmut Nowak	Peter Stein	Ulrike Bahr	
	Rüdiger Kruse	Dr. Georg Nüßlein	Sebastian Steineke	Bettina Bähr-Losse	
	Bettina Kudla	Julia Obermeier	Johannes Steiniger	Heinz-Joachim Barchmann	
	Dr. Roy Kühne	Wilfried Oellers	Christian Frhr. von Stetten	Dr. Katarina Barley	
	Günter Lach	Florian Oßner	Dieter Stier	Doris Barnett	
	Uwe Lagosky	Dr. Tim Ostermann	Rita Stockhofe	Klaus Barthel	
	Dr. Dr. h.c. Karl A. Lamers	Henning Otte	Gero Storjohann	Dr. Matthias Bartke	
	Andreas G. Lämmel	Ingrid Pahlmann	Stephan Stracke	Sören Bartol	
	Dr. Norbert Lammert	Sylvia Pantel	Max Straubinger	Bärbel Bas	
	Katharina Landgraf	Martin Patzelt	Matthäus Strebl	Uwe Beckmeyer	
	Ulrich Lange	Dr. Martin Pätzold	Karin Strenz	Lothar Binding (Heidelberg)	
	Barbara Lanzinger	Ulrich Petzold	Lena Strothmann		
	Dr. Silke Launert	Dr. Joachim Pfeiffer			

(A)	Burkhard Blienert Willi Brase Dr. Karl-Heinz Brunner Dr. h.c. Edelgard Bulmahn Martin Burkert Dr. Lars Castellucci Petra Crone Bernhard Daldrup Dr. Daniela De Ridder Dr. Karamba Diaby Martin Dörmann Siegmund Ehrmann Michaela Engelmeier Petra Ernstberger Saskia Esken Karin Evers-Meyer Dr. Johannes Fechner Dr. Fritz Felgentreu Elke Ferner Dr. Ute Finckh-Krämer Christian Flisek Gabriele Fograscher Dr. Edgar Franke Ulrich Freese Dagmar Freitag Michael Gerdes Martin Gerster Iris Gleicke	Oliver Kaczmarek Johannes Kahrs Ralf Kapschack Gabriele Kaczmarek Ulrich Kelber Marina Kermer Cansel Kiziltepe Arno Klare Lars Klingbeil Dr. Bärbel Kofler Daniela Kolbe Birgit Kömpel Anette Kramme Dr. Hans-Ulrich Krüger Helga Kühn-Mengel Christine Lambrecht Christian Lange (Backnang) Dr. Karl Lauterbach Steffen-Claudio Lemme Burkhard Lischka Gabriele Lösekrug-Möller Hiltrud Lotze Kirsten Lühmann Caren Marks Katja Mast Hilde Mattheis Dr. Matthias Miersch Klaus Mindrup Susanne Mittag Bettina Müller Detlef Müller (Chemnitz) Michelle Müntefering Dr. Rolf Mützenich Andrea Nahles Dietmar Nietan Ulli Nissen Thomas Oppermann Mahmut Özdemir (Duisburg) Markus Paschke Christian Petry Jeannine Pflugradt Detlev Pilger Sabine Poschmann Joachim Poß Florian Post Achim Post (Minden) Dr. Wilhelm Priesmeier Dr. Sascha Raabe Dr. Simone Raatz Martin Rabanus Mechthild Rawert Stefan Rebmann Gerold Reichenbach Dr. Carola Reimann Andreas Rimkus Sönke Rix	Petra Rode-Bosse Dennis Rohde Dr. Martin Rosemann René Röspel Dr. Ernst Dieter Rossmann Michael Roth (Heringen) Susann Rührich Bernd Rützel Sarah Ryglewski Johann Saathoff Annette Sawade Dr. Hans-Joachim Schabedoth Axel Schäfer (Bochum) Dr. Nina Scheer Marianne Schieder Udo Schiefner Dr. Dorothee Schlegel Ulla Schmidt (Aachen) Matthias Schmidt (Berlin) Dagmar Schmidt (Wetzlar) Carsten Schneider (Erfurt) Elfi Scho-Antwerpes Ursula Schulte Swen Schulz (Spandau) Ewald Schurer Frank Schwabe Stefan Schwartz Andreas Schwarz Rita Schwarzelühr-Sutter Rainer Spiering Norbert Spinrath Svenja Stadler Martina Stamm-Fibich Sonja Steffen Dr. Frank-Walter Steinmeier Christoph Strässer Kerstin Tack Claudia Tausend Michael Thews Dr. Karin Thissen Franz Thönnnes Carsten Träger Rüdiger Veit Ute Vogt Dirk Vöpel Gabi Weber Bernd Westphal Andrea Wicklein Dirk Wiese Waltraud Wolff (Wolmirstedt) Gülistan Yüksel Dagmar Ziegler Stefan Zierke Dr. Jens Zimmermann	Manfred Zöllmer Brigitte Zypries	(C)
			Nein		
			DIE LINKE		
			Jan van Aken Dr. Dietmar Bartsch Herbert Behrens Karin Binder Matthias W. Birkwald Heidrun Bluhm Christine Buchholz Eva Bulling-Schröter Roland Claus Sevim Dağdelen Dr. Diether Dehm Klaus Ernst Wolfgang Gehrcke Dr. André Hahn Heike Hänsel Inge Höger Andrej Hunko Sigrid Hupach Ulla Jelpke Susanna Karawanskij Kerstin Kassner Jan Korte Jutta Krellmann Katrin Kunert Caren Lay Sabine Leidig Ralph Lenkert Michael Leutert Stefan Liebich Dr. Gesine Lötzsck Thomas Lutze Birgit Menz Cornelia Möhring Niema Movassat Norbert Müller (Potsdam) Dr. Alexander S. Neu Thomas Nord Petra Pau Harald Petzold (Havelland) Richard Pitterle Martina Renner Dr. Petra Sitte Kersten Steinke Dr. Kirsten Tackmann Azize Tank Frank Tempel Alexander Ulrich Kathrin Vogler Harald Weinberg	(D)	
(B)	Angelika Glöckner Ulrike Gottschalck Gabriele Groneberg Michael Groß Uli Grötsch Wolfgang Gunkel Bettina Hagedorn Rita Hagl-Kehl Metin Hakverdi Ulrich Hampel Sebastian Hartmann Michael Hartmann (Wackernheim) Dirk Heidenblut Hubertus Heil (Peine) Gabriela Heinrich Marcus Held Dr. Barbara Hendricks Heidtrud Henn Gustav Herzog Gabriele Hiller-Ohm Thomas Hitschler Dr. Eva Högl Matthias Ilgen Christina Jantz-Herrmann Frank Junge Josip Juratovic Thomas Jurk				

(A)	Katrin Werner	Harald Ebner	Markus Kurth	Dr. Gerhard Schick	(C)
	Birgit Wöllert	Dr. Thomas Gambke	Monika Lazar	Dr. Frithjof Schmidt	
	Jörn Wunderlich	Matthias Gastel	Steffi Lemke	Kordula Schulz-Asche	
	Hubertus Zdebel	Kai Gehring	Dr. Tobias Lindner	Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn	
	Pia Zimmermann	Katrin Göring-Eckardt	Nicole Maisch	Dr. Harald Terpe	
	Sabine Zimmermann (Zwickau)	Britta Haßelmann	Peter Meiwald	Markus Tressel	
	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Dr. Anton Hofreiter	Irene Mihalic	Jürgen Trittin	
	Kerstin Andreae	Bärbel Höhn	Beate Müller-Gemmeke	Dr. Julia Verlinden	
	Volker Beck (Köln)	Dieter Janecek	Özcan Mutlu	Dr. Doris Wagner	
	Dr. Franziska Brantner	Uwe Kekeritz	Dr. Konstantin von Notz	Beate Walter-Rosenheimer	
	Agnieszka Brugger	Katja Keul	Omid Nouripour	Dr. Valerie Wilms	
	Ekin Deligöz	Sven-Christian Kindler	Friedrich Ostendorff	Enthalten	
	Katja Dörner	Maria Klein-Schmeink	Brigitte Pothmer	SPD	
	Katharina Dröge	Sylvia Kötting-Uhl	Tabea Rößner	Ingrid Arndt-Brauer	
		Oliver Krischer	Claudia Roth (Augsburg)	Sabine Dittmar	
		Stephan Kühn (Dresden)	Corinna Rüffer		
		Christian Kühn (Tübingen)	Elisabeth Scharfenberg		
		Renate Künast	Ulle Schauws		

Abgeordnete, die sich wegen gesetzlichen Mutterschutzes für ihre Abwesenheit entschuldigt haben, sind in der Liste der entschuldigten Abgeordneten (Anlage 1) aufgeführt.

Jetzt darf ich der Kollegin Gisela Manderla für die CDU/CSU das Wort geben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gisela Manderla (CDU/CSU):

(B) Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Neu, wir diskutieren und beschließen auch hoffentlich einen Bundeswehreinsetzung gegen eine Terrororganisation. Wir reden hier nicht über Wahlkampf, und wir reden hier nicht über einen Besuch in Incirlik. Nutzen Sie doch nicht diese Debatte über ein solch schwerwiegendes Thema, um Parteipolitik für die Linken zu machen. Ich finde das schändlich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, angesichts der undurchsichtigen Lage in Syrien und im Irak empfiehlt es sich, nochmals in aller Klarheit auf diejenigen zu schauen, gegen welche die internationale Koalition in diesen Ländern antritt, und vor allen Dingen zu fragen, warum sie das tut. Zentraler Gegner ist die Terrororganisation Daesh. Die Formulierung IS oder „Islamischer Staat“ wird diesen Verbrechen nicht gerecht; denn diese Terrorformation ist weder islamisch noch ist sie ein Staat. Diese skrupellose Mörderbande hat sich weit über ihre Ausdehnungsgebiete in Syrien und im Irak hinaus zu einer Bedrohung für Frieden und Sicherheit entwickelt.

Zahlreiche Anschläge in der Türkei, in Tunesien, im Libanon – zuletzt auch in Frankreich, Belgien und Deutschland – belegen die Bedrohung für den Weltfrieden, die von Daesh ausgeht. Daesh will, glaubt man seiner Propaganda, im Vorderen Orient ein Regime nach dem Vorbild des Kalifats aus dem 7. Jahrhundert errichten. Hierbei bedient er sich einer kaum für möglich

gehaltenen Brutalität. Er mordet, er vergewaltigt und er verklavt all jene, die nicht seiner engen Auslegung des Islam folgen. Er hat den Bürgerkrieg in Syrien und die wachsende Unzufriedenheit der sunnitischen Bevölkerung im Irak schamlos und grausam für seine Zwecke ausgenutzt. Seine verführerische Strategie besteht darin, den vielen Herausforderungen der Neuzeit in der muslimischen Welt mit nur scheinbar leichten und einfachen Antworten zu begegnen. Diese Strategie stützt sich auf eine ausgefeilte Propaganda, der nicht zuletzt auch in Europa manche orientierungslose und haltlose junge Menschen verfallen. Die Realität in den von Daesh besetzten Gebieten besteht jedoch aus nichts anderem als Terror, Unterdrückung und Gewalt. Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung, vor allem für Frauen, wird verwehrt. Und: Ein klarer Gesellschaftsentwurf ist nicht im Ansatz zu erkennen.

Nicht ohne Grund hat das Wüten von Daesh daher Hunderttausende Menschen in die Flucht getrieben. Ich darf an dieser Stelle an den Versuch erinnern, die Minderheit der Jesiden aus dem Nordirak nicht nur zu vertreiben, sondern förmlich auszuradieren. Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es nach meinem Verständnis nur einen Begriff, und der lautet: versuchter Genozid.

Folgerichtig hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in diversen Resolutionen die Bedrohung durch Daesh ausdrücklich betont. Der Sicherheitsrat hat dazu aufgerufen, im Kampf gegen Daesh alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um seine terroristischen Handlungen zu verhüten und zu unterbinden. Zudem ist es erklärtes Ziel, Daesh seine Rückzugsorte zu nehmen, die er sich in weiten Teilen Syriens und Iraks schaffen konnte. Diesem Ziel, meine Damen und Herren, sind wir näher gekommen, wie die jüngsten Erfolge rund um die Offensiven in Mosul und Rakka zeigen. Aber von einem Ende der Bedrohung durch Daesh kann noch keineswegs die Rede sein. Es gilt, den eingeschlagenen Weg mit al-

(D)

Gisela Manderla

- (A) ler Entschlossenheit fortzusetzen. Die Notwendigkeit, diesen Weg entschlossen fortzusetzen, wird besonders deutlich, wenn man sich die aktuellen Berichte aus den befreiten Gebieten rund um Mosul oder Nordsyrien ansieht: Massengräber, Tausende Zivilisten verschleppt und als Schutzschilder missbraucht – die eigenen Landsleute!

Ich komme zu dem Schluss: Wir müssen diesen Verbrechern konsequent das Handwerk legen. Entgegen anderslautender Einschätzungen will ich für uns als Union klarstellen: Die deutschen Einsatzkräfte haben sich im vergangenen Jahr an der Operation Counter Daesh mit sehr sinnvollen und von den Partnern in der internationalen Koalition auch ausdrücklich erwünschten Beiträgen beteiligt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diese Beiträge sind: Geleitschutz, Luftbetankung, Aufklärung und Führungsunterstützung. Wir haben einen klar erkennbaren Mehrwert und sind dem Bündnis eine wertvolle Hilfe. In diesem Kontext ist auch der zusätzlich geplante Einsatz deutscher Besatzungsanteile für die AWACS-Aufklärer zu sehen, um den wir das Mandat künftig erweitern wollen. Das sind alles Fähigkeiten, die unsere Soldatinnen und Soldaten hochprofessionell und mit einem tollen Einsatzwillen gewährleisten. Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir ihnen an dieser Stelle ausdrücklich danken. Sie machen alle einen tollen Job. Das will ich noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

- (B) Gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung. Der internationalen Koalition gegen Daesh gehören mittlerweile mehr als 60 Nationen an. 60! Und ich glaube nicht, dass all diese Staaten mit ihrer Bewertung der Situation danebenliegen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb sollte für uns heute vor allem eine Frage handlungsleitend sein: Wofür oder wogegen hat Deutschland Grund aufzustehen, wenn nicht gegen versuchten Genozid und die Missachtung sämtlicher Menschenrechte? Deshalb bitte ich Sie nachdrücklich um die Zustimmung zur Mandatsverlängerung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Nächster Redner für Bündnis 90/Die Grünen ist der Kollege Omid Nouripour.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! ISIS ist eine grauenvolle Terrororganisation, die barbarische Verbrechen begeht. Das ist überhaupt keine Frage. Und es ist völlig richtig: ISIS kann man nicht militärisch besiegen, aber man muss ihn militärisch stoppen. In diesem Zusammenhang bin ich ausgesprochen verstört von einem Entschließungsantrag der Linken, in dem der IS tatsächlich durch den Begriff „gleichermaßen“ mit der NATO gleichgesetzt wird. Ich glaube, Sie tun damit niemandem

einen Gefallen, sondern verharmlosen einfach nur die (C) Verbrecherbanden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Unterirdisch!)

Noch einmal: Es ist in bestimmten Situationen notwendig, militärisch gegen ISIS vorzugehen; auch in diesem Fall ist es notwendig. Aber nichtsdestotrotz kann man ISIS nur politisch besiegen. Das vorliegende Mandat ist kein Beitrag dazu.

Meine Fraktion hat letztes Jahr mehrheitlich zu diesem Mandat Nein gesagt, und die Gründe dafür haben sich seitdem eher verstärkt. Es gibt massive militärische Veränderungen, gerade am Boden, zum Beispiel in Syrien. Letztes Jahr war Russland noch Unterstützer von Assad, jetzt ist es ein eigenständiger militärischer Akteur am Boden.

Am deutlichsten sieht man das an der aggressiven Regionalpolitik der Türkei, die jenseits des Völkerrechts im Norden Iraks und auch in Syrien betrieben wird. Dort bombardiert die türkische Luftwaffe zurzeit fast täglich Stellungen von Milizen, allerdings nicht die von Daesh/ISIS, sondern die Stellungen von für sie unliebsamen kurdischen Milizen, die noch vor zwei Jahren von uns allen gefeiert wurden, weil sie den Kampf um Kobane geführt haben. Das ist, was die Gefährlichkeit der Situation, über die wir uns unterhalten, im Kern ausmacht. Aber die Bundesregierung beschäftigt sich nicht damit, sondern mit Protokollnotizen. (D)

Ja, ich bin als ehemaliges Mitglied des Verteidigungsausschusses sehr froh, dass es die Möglichkeit eines Besuchs gibt. Ja, ich finde auch, dass es unser Anrecht als Parlamentarierinnen und Parlamentarier ist, unsere Soldatinnen und Soldaten, die im Ausland einen guten Job machen, zu besuchen. Ja, natürlich muss man sich darüber echauffieren, wenn ein Staat wie die Türkei das nicht erlaubt. Ich glaube aber, dass hier der falsche Fokus gewählt wird. Die Protokollnotiz besagt, dass sich die Bundesregierung weiterhin dafür einsetze – ich zitiere es nicht; Kollege Neu hat es gerade vorgelesen –, dass die Türkei den Besuch der deutschen Soldatinnen und Soldaten durch Bundestagsabgeordnete ermöglicht. Ich dachte, ehrlich gesagt, das wäre selbstverständlich.

(Beifall der Abg. Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE] – Rainer Arnold [SPD]: Da fehlt aber ein Satz!)

Ich habe gehört, bei den Sozialdemokraten habe es große Vorbehalte gegeben, und nach Abgabe dieser Protokollerklärung durch die Bundesregierung gebe es diese Vorbehalte nicht mehr. Das ist aber ein günstiger Preis, den Sie da akzeptieren. Ich bin schon beeindruckt und freue mich auf Koalitionsverhandlungen mit Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Der Kern der Auseinandersetzung ist die Frage des Umgangs der Türkei mit der kurdischen Bevölkerung.

Omid Nouripour

- (A) Deshalb sollten wir uns davon um Gottes Willen nicht ablenken lassen.

(Beifall des Abg. Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE])

Wer wird denn da bombardiert? Da werden kurdische Kräfte bombardiert, die Teil der Syrian Democratic Forces sind und von den Amerikanern unterstützt werden. Die Türkei, ein NATO-Staat, bombardiert gerade die Kräfte, die die Amerikaner aufrüsten. Ich finde, das hat eine deutlich größere Dimension als die Protokollnotiz der Bundesregierung, und darüber muss man reden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Über die innere Situation der Türkei, über den massiven Rutsch in Richtung Autokratie und Diktatur, haben wir heute Vormittag bereits gesprochen. Insofern entfällt ein Argument der Bundesregierung aus dem letzten Jahr. Auf die Frage, wie es denn mit den geteilten Daten aussehe und ob die türkischen Streitkräfte das verwenden könnten, was unsere Tornados aufklären, hat die Bundesregierung letztes Jahr gesagt, sie habe Vertrauen zur türkischen Regierung. Ich glaube nicht, dass die Bundesregierung das in diesen Tagen noch sagen würde bzw. sagen kann.

Es ist vor allem so, dass sich am Boden etwas verändert hat. Man hat uns letztes Jahr gesagt: Wir klären nur Fazilitäten von ISIS im Landesinneren auf. – Aber mittlerweile gibt es zum Beispiel im Norden der Region Rakka Frontstellungen, an denen es fast täglich zu

- (B) Gefechten zwischen den Syrian Democratic Forces und ISIS kommt. Wie wollen Sie diese Aufklärung denn trennen? Die Bilder, die dort im Rahmen der Aufklärung gemacht werden, landen automatisch bei der Türkei – das ist NATO-Usus –; damit aber auch die Bilder von Stellungen der kurdischen Milizen, die dort von der Türkei bekämpft werden.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Na, na, na!)

Insofern kriegen Sie das gar nicht mehr getrennt.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Na, na, na!)

Deshalb müssen Sie einfach verstehen, dass wir nicht imstande sind, einem Mandat zuzustimmen, bei dem Daten geliefert werden, die türkische Streitkräfte

(Henning Otte [CDU/CSU]: Na, na, na!)

derzeit für einen völkerrechtswidrigen Einsatz vor allem in Syrien, aber auch im Norden Iraks nutzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Deshalb werden wir die Verlängerung des Mandats ablehnen.

Ich finde, es war sehr gut, was der Kollege Annen gesagt hat.

(Thomas Oppermann [SPD]: Es ist meistens gut, was er sagt!)

Er hat nämlich in seiner Rede den Schwerpunkt darauf gelegt, dass das Zentrale ist, zu schauen, wie es denjeni-

gen geht, die befreit werden. Sie haben große Ängste: In Mosul haben viele Menschen mehr Angst vor den Befreier (C) als vor ISIS, weil sie ganz schlechte Erfahrungen mit schiitischen Milizen gemacht haben. Das ist der Fokus, den wir jetzt tatsächlich wählen müssen – das sind die zentralen Fragen, nicht das Thema Protokollnotiz –, nicht den Fokus, den das Mandat vorsieht. Es geht zentral um politische Fragen, etwa darum, wie wir die irakische Regierung dazu befähigen können, die Herzen und Köpfe der sunnitischen Minderheit im Land zurückzugewinnen. Das ist zentral, aber damit beschäftigen Sie sich leider nicht. Diesem Ablenkungsmandat werden wir nicht zustimmen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Der Kollege Rainer Arnold spricht als Nächster für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Rainer Arnold (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns einig: Es wäre immer schöner und besser, wenn wir Konflikte zivil und diplomatisch überwinden könnten. Aber der brutalen Gewalt des IS muss man sich militärisch entgegenstellen. Sonst werden die Brutalsten am Ende obsiegen. Die Linken sind ja nicht naiv. Sie wissen ganz genau, dass dies so ist. Sie täuschen ihre eigene Klientel und die Wähler, indem sie so tun, als ob es klügere und bessere Alternativen gäbe. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Karin Binder [DIE LINKE]: Gibt es!)

Wir halten an diesem Mandat, gemeinsam mit über 60 Nationen den Terror zu bekämpfen, fest.

Als Verteidigungspolitiker schauen wir natürlich besonders auf die Rahmenbedingungen, unter denen das stattfindet. Da ist ganz eindeutig: Besuche von deutschen Parlamentariern sind notwendig. Wir wollen nicht nur hören, was uns die Ministerin erzählt, sondern wir wollen uns auch selbst ungefiltert ein eigenes Bild machen können. Deshalb ist es wichtig, dass insbesondere Delegationen der Fachausschüsse dorthin reisen können.

Wir schauen als Zweites besonders auf die Arbeitsbedingungen der Soldaten. Wenn ein seit dem 1. September zeichnungsreifes Abkommen von der türkischen Seite immer noch nicht unterzeichnet ist, macht uns das Sorgen, und wir werden nicht zuschauen, dass Soldaten auf Dauer 500 Meter von einer Piste entfernt in nicht schallgedämpften Containern leben müssen. Die Bauten sind marode. Ich erspare dem Hohen Haus die Erzählung, wie es dort wirklich aussieht. Aber eines ist eindeutig: Diese Dinge muss man ändern.

Der parlamentarische Vorbehalt ist ein hohes Gut. Er ist nicht nur ein demokratisches Prinzip, sondern es ist auch ein besonderes Verfahren. Wir können nämlich nur Ja oder Nein sagen und nicht wie bei Gesetzen etwas än-

Rainer Arnold

- (A) dern. Deshalb ist eine Protokollerklärung eine Möglichkeit, bestimmte Dinge noch zu verstärken.

Wir haben es uns in der SPD-Fraktion nicht einfach gemacht. Ich bin stolz darauf, dass wir nicht einfach durchwinken, sondern am Montag und Dienstag eine sorgfältige und gründliche Debatte hatten und auch dafür gesorgt haben, dass Regierung, SPD-Fraktion und Koalitionspartner über die Formulierungen diskutieren und darum ringen. Das Ergebnis ist vernünftig. Die Bundesregierung sagt zu, dass Alternativen untersucht werden; denn es ging nie darum, den Einsatz zu beenden.

(Zurufe von der LINKEN und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann immer nur um die Frage gehen: Wo ist es vernünftig, dass die Flugzeuge starten und landen? Der Kampf gegen den Terror wird so oder so fortgeführt werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Was ich von der Opposition erlebt habe, die hier Halbwahrheiten vorgelesen hat, finde ich nicht in Ordnung. Die Erklärung geht nämlich weiter, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dort heißt es:

Die Bundesregierung ist sich bewusst, dass der Bundestag erwartet, dass diese Möglichkeit – wie auch bei anderen Einsätzen – gewährleistet bleibt.

Das ist schon eine deutliche Erklärung.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von der LINKEN)

– Jetzt regen Sie sich mal nicht auf.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt noch einen dritten Satz! Lesen Sie den auch noch vor!)

Ich sage Ihnen ganz offen: Meine Fraktion ist in der Koalition. Unserem Koalitionspartner war das Besuchsrecht in der Vergangenheit nicht ganz so wichtig, wie es uns Sozialdemokraten war. Ich sage, ich bin eigentlich froh, in einem Parlament zu sitzen, wo statt Streit und Spaltung am Ende vertretbare Kompromisse stehen. Ich sage Ihnen, wir können mit dieser Formulierung gut leben.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das der Maßstab für „vertretbar“? – Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Wieder umgefallen! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Herr Kollege Arnold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ströbele?

Rainer Arnold (SPD):

Gerne.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Herr Kollege Arnold, auch ich bin froh, in einem Parlament zu sitzen und über Bundeswehreinsetze nicht allein die Regierung entscheiden zu lassen. Aber ich habe insgesamt, glaube ich, fünf Anfragen an die Bundesregierung gerichtet und gefragt, was denn mit Unterstützung der Bundeswehr-Tornados in den letzten Jahren für Angriffe von der Militärkoalition, der auch die Bundeswehr bzw. Deutschland angehört, geflogen worden sind. Wie viele Angriffe waren es? Gegen welche Ziele haben sie sich gerichtet? Haben sie getroffen? Wie viele Menschen sind dabei getötet worden? Wie viele Zivilisten sind dabei getötet worden? Was hat man getan, um Opfer unter den Zivilisten zu verhindern? Die Bundesregierung hat mir auf alle Anfragen – die letzte ist, glaube ich, acht Tage alt – immer wieder geantwortet: Wir wissen das nicht. Wir wissen nicht, welche Ziele getroffen werden. Wir wissen nicht, was mit unseren Informationen, die von der Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden, gemacht wird.

Ich frage Sie, Herr Kollege Arnold: Was ist das für eine Bundesregierung, die die Bundeswehr in einen Angriff schickt, bei dem sie nicht weiß, was mit den Unterstützungsleistungen der Bundeswehr tatsächlich passiert und angerichtet wird? Und was soll das für ein Parlament sein, das von der Bundesregierung keine Informationen darüber bekommt oder vielleicht auch nicht bekommen kann, was mithilfe der Bundeswehr im Iran, in Syrien und auch im Irak verursacht wird? Können Sie verantwortlich eine Entscheidung über den Einsatz der Bundeswehr treffen, ohne diese Informationen zu haben? Oder halten Sie es für richtig, dass sich die Bundesregierung die Informationen bei ihren Alliierten beschafft und diese Informationen dann dem Parlament zur Verfügung stellt? (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Rainer Arnold (SPD):

Herr Kollege Ströbele, ich fühle mich geehrt, dass Sie erwarten, dass der bescheidene Abgeordnete Arnold anstelle der Bundesregierung die Antworten geben kann.

(Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht wegtauchen!)

Aber ich kann als Fachpolitiker vielleicht trotzdem ein bisschen weiterhelfen.

Wir haben das Operationszentrum besucht, von dem aus die Luftsätze geführt werden. Wir haben uns, übrigens auch die Kollegen der Opposition, die Abläufe genau angeschaut. Wir haben überprüft: Wie sorgen die deutschen Soldaten dafür, dass Informationen nur mandatsgerecht erfasst und mandatsgerecht weitergegeben werden, dass eben nicht über kurdischem Gebiet geflogen und aufgezeichnet wird? All das haben wir uns angeschaut. Die sogenannten Red Card Holders haben uns relativ präzise erklärt, wie dies funktioniert. Das ist die eine Seite.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt einfach nicht! – Omid

Rainer Arnold

- (A) Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Die kurdischen Milizen sind in Rakka!

Die zweite Seite ist: Wir liefern hochauflösende Bilder von den Tornadofliegern in die Einsatzzentrale, in der die Einsatzentscheidungen aufgrund vieler Informationen getroffen werden. Die Bilder, die die Tornados liefern, sind nur ein kleines Mosaiksteinchen, das erst zusammen mit vielen unterschiedlichen Mosaiksteinchen ein Gesamtbild ergibt. Auf deren Grundlage werden dann Einsatzentscheidungen getroffen, und die Einsatzentscheidungen trifft die Allianz.

(Zuruf des Abg. Hans-Christian Ströbele
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Langsam, Herr Ströbele. – Und weil es sich um eine Fülle von Informationen handelt, kann doch niemand direkt ableiten,

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Aber indirekt!)

wo die deutschen Bilder bei den Einsätzen hinführen. Diese Ableitung ist schlichtweg nicht machbar.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]: Das ist keine Antwort!)

Das sind die Abläufe, und ich rate den Kollegen von der Opposition, einmal dorthin zu fliegen und sich die Situation vor Ort selbst anzuschauen, bevor Unfug und Halbwahrheiten in die Welt gesetzt werden.

- (B) (Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Sagen Sie das mal Herrn van
Aken! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Herr van Aken darf da nicht hin!)

Die deutschen Soldaten im Einsatz arbeiten außerordentlich sorgfältig, rechtlich sauber, militärisch operativ, sehr nachdenklich und im Rahmen dessen, was der Deutsche Bundestag genehmigt hat. Das machen sie sehr gut. Für dieses Engagement sage ich Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU –
Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Ein schlechtes Mandat, aber gute Arbeit
der Soldaten!)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Herr Kollege Arnold. Drei weitere Kollegen haben den Wunsch, Fragen zu stellen.

Rainer Arnold (SPD):

Ich beantworte gerne alle Fragen, aber wir müssen auch ein bisschen an die Zeit denken.

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Das wollte ich gerade sagen.

Rainer Arnold (SPD):

Vielleicht können Sie als Präsident das ein bisschen steuern.

Vizepräsident Johannes Singhammer:

(C) Das ist ein sehr guter Hinweis an den Präsidenten, den ich gerne aufnehme. Deshalb schlage ich erstens vor, dass wir bei den Fragen oder Bemerkungen das Zeitkontingent beachten – die zur Verfügung stehende Zeit beträgt nicht drei Minuten wie bei der Kurzintervention, sondern sie ist deutlich kürzer –, und zum Zweiten meine ich, dass wir zwei Fragen zulassen sollten, und zwar die von Kollegin Brugger von den Grünen und anschließend die von Dr. Neu von der Fraktion Die Linke. – Frau Kollegin Brugger, Sie haben das Wort.

Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielen Dank, lieber Kollege Arnold. Weil Sie explizit die Oppositionsabgeordneten, die auf der Reise dabei waren, mit ins Boot geholt haben, möchte ich betonen, dass uns auf der Reise sehr klar geworden ist, dass die Bundeswehr zwar prüft, ob die Aufträge, die sie annimmt, mandatskonform sind – das bestreiten wir nicht; das war ja auch nicht die Kritik, die der Kollege Ströbele vorgetragen hat –, dass aber niemand nachvollziehen kann, was genau mit den Daten passiert, nachdem sie der internationalen Koalition gegen den Daesh zur Verfügung gestellt worden sind. Sie haben sehr geschickt den Punkt umschifft, den der Kollege Ströbele angesprochen hat. Nicht nur die Bundesregierung hat auf die wiederholten Fragen des Kollegen Ströbele entsprechend geantwortet, sondern uns wurde auch vor Ort mitgeteilt, dass natürlich niemand nachvollziehen kann, was genau mit den Daten passiert. Es wäre ja naiv, zu glauben, dass beispielsweise der Frontverlauf zwischen den Kurden und Daesh nicht überflogen wird und keine diesbezüglichen Informationen eingespeist werden. Die Türkei hat auf diese Informationen Zugriff, und wir wissen nicht, was damit passiert. Das möchte ich an dieser Stelle einfach zur Klarstellung sagen, weil Sie uns mit ins Boot geholt haben.

(Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Nein! In den
Flieger! Wir sind gar nicht mit dem Boot ge-
fahren!)

Wir haben uns davon vor Ort ein klares Bild gemacht, haben aber auch sehr viele entsprechende Antworten der Bundesregierung schwarz auf weiß.

Eine letzte Bemerkung: Sie haben, glaube ich, mit Ihrer Rede sehr deutlich gemacht, warum das Besuchsrecht der Abgeordneten in diesem Zusammenhang wirklich ganz zentral ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Rainer Arnold (SPD):

(D) Ich habe versucht, zu erklären, dass die Bilder, die die Tornados liefern, einen kleinen Beitrag zum Gesamtlagebild liefern. Die Bundeswehr entscheidet nicht, was mit diesem Gesamtlagebild gemacht wird und welche Einsätze geflogen werden. Dieses Gesamtlagebild speist sich aus vielen Elementen. Die Einsatzführungszentrale bestimmt dann, wo Kampfflugzeuge eingesetzt werden. Deshalb kann man keinen direkten, kausalen Zusammen-

Rainer Arnold

- (A) hang herstellen. Sie als Fachpolitikerin wissen, dass die Bilder, die von deutschen Tornados am Tag Y gemacht werden, nicht am Tag X zu einem Einsatz geführt haben. Dies ist schlechterdings nicht möglich. Sie sollten die Bundesregierung vielleicht ein bisschen anders fragen, würde ich Ihnen raten.

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Jetzt kommt der Kollege Dr. Neu zu seiner Frage oder Bemerkung.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das muss ja nicht sein! Der hat doch gesprochen!)

Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE):

Kollege Arnold, meine Frage zu Ihren Ausführungen: Sie können also nicht ausschließen, dass die Bilder, die von Recce-Tornados gemacht werden, von der Türkei missbräuchlich genutzt werden, um kurdische Stellungen in Syrien zu bombardieren. Habe ich Sie da recht verstanden?

(Beifall des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Rainer Arnold (SPD):

Sie haben mich überhaupt nicht verstanden, Herr Kollege.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

- (B) Das liegt aber nicht an mangelnden intellektuellen Fähigkeiten, sondern daran, dass Sie mich nicht verstehen wollen. Das ist der entscheidende Punkt. Das kennen wir ja schon.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Herr Kollege, die Deutschen prüfen dreimal: Einmal, wenn der Auftrag erteilt wird, dann, wenn die Tornados zurück sind und in Incirlik die Bilder von hochspezialisierten Auswertern ausgewertet werden – davon gibt es in der NATO nicht so viele; die Deutschen haben da eine besondere Fähigkeit –, und zum dritten Mal, wenn die Bilder in das Operationszentrum nach Katar gehen. Dann wird noch einmal rechtlich und politisch geprüft, dass keine Bilder dabei sind, die die Türken im Kampf gegen die Terroristen oder die Kurden missbräuchlich benutzen könnten.

(Jan van Aken [DIE LINKE]: Stimmt gar nicht!)

Wir haben also drei Stufen. Das ist für mich eine sorgfältige und angemessene Vorgehensweise.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Ich glaube, jetzt hat er es verstanden!)

Unsere Antwort kann doch nicht sein, dass wir uns, weil Erdogan gegenüber den Kurden eine Politik betreibt, bei der aus unserer Sicht die Verhältnismäßigkeit der Mittel in keiner Art und Weise mehr gewahrt ist, aus einer Allianz der Solidarität und der Verlässlichkeit heraus-

nehmen und das Geschäft andere machen lassen. (C) Dann hätten wir übrigens überhaupt keinen Einblick mehr in die Dinge, die dort passieren.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Das wäre eine unpolitische, unverantwortliche und am Ende, wie ich finde, auch unethische Antwort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Deshalb muss man mit schwierigen Situationen – das ist ein Luftkrieg, und dabei gibt es nicht immer nur schöne und einfache Situationen – verantwortlich umgehen.

(Dr. Rolf Mützenich [SPD]: Der Kollege Neu war doch mit!)

Es ist Ausdruck verantwortlicher Politik, in einer schwierigen Gemengelage verantwortungsvoll zu entscheiden und seine Beiträge abzuliefern. Das tun wir Deutsche, das tut das deutsche Parlament.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zu AWACS sagen. Es ist leider so, dass die türkischen Partner nicht verstehen, was NATO bedeutet. In der NATO ist man nicht Mitglied. Die NATO ist eine Allianz von Partnern. Das heißt, dass sich alle Partner an die Spielregeln, Automatismen und Vorgehensweisen dieser Allianz halten und sich einordnen. Dies vermischen wir – ich sage das ausdrücklich – bei den Türken im Augenblick. (D)

Ich wünsche mir ausdrücklich, dass die NATO nicht nur diplomatisch – das tut sie –, sondern auch öffentlich – der Zeitpunkt ist jetzt da – deutlich macht, wie die Vorstellungen in solch einer Wertegemeinschaft sind. Ich glaube, die NATO ist sich das selbst schuldig, damit in der Öffentlichkeit kein falsches Bild über die für uns so wichtige Allianz entsteht. Unter diesem Vorbehalt halten wir aber den Einsatz der AWACS-Flieger für richtig; denn sie können den Luftraum dort besser kontrollieren und damit auch für mehr Sicherheit in dem Luftraum sorgen, in dem die Allianz fliegt, in dem die Russen fliegen und in dem die Türken ohne Anmeldung fliegen. AWACS-Flieger sind ein gutes Instrument, um dort mehr Sicherheit im Luftraum herzustellen. Deshalb halten wir diese Mandatserweiterung tatsächlich für notwendig und verantwortlich.

Um es noch einmal klar zu sagen: Die Bundesregierung wird meiner Einschätzung nach am Ende der Prüfphase feststellen, dass es auch andere Optionen gibt. Sie wird gut daran tun, das zu tun, was Militärs immer tun, nämlich bei Einsätzen immer Optionen für alle Fälle in der Schublade zu haben. Das ist vernünftig. Das ist vorausschauend.

Ich sage hier noch einmal: Wir werden so oder so an diesem Einsatz im Kampf gegen den fundamentalistischen IS-Terror festhalten. Die Frage, von wo aus man dies verantwortungsvoll tun kann, wo man startet und landet, wird man angesichts der Entwicklungen immer wieder neu bewerten müssen. Das ist ein völlig normaler

Rainer Arnold

- (A) Vorgang. Im Augenblick halten wir es für richtig, es so zu tun wie im vergangenen Jahr. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu diesem Mandat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Es gab noch einige Wünsche nach Zwischenfragen. Ich hatte ja angekündigt, dass wir jetzt keine Zwischenfragen mehr zulassen. – Es gibt abschließend eine Kurzintervention der Kollegin Keul.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Präsident, dass Sie diese Kurzintervention zulassen. – Ich möchte noch einmal an die Frage anknüpfen. Wir haben ja, wie gesagt, seit Monaten auf die Frage, was am Boden passiert, nur gehört: Die Bundesregierung weiß es nicht. Jetzt hat das US-Zentralkommando unsere Frage beantwortet. Der Sprecher Thomas sagte:

Zwischen November 2015 und September 2016 wurden demnach bei 24 Luftangriffen der Anti-IS-Koalition 64 Zivilisten getötet.

8 weitere seien verletzt worden; damit sei die Zahl der zivilen Todesopfer durch Luftangriffe im Kampf gegen die Terrormiliz auf 119 gestiegen, so teilte der Sprecher weiter mit.

- (B) Wir freuen uns ja, dass wir die Antwort überhaupt bekommen haben. Meine Frage ist jetzt: Werden Sie in Zukunft sicherstellen, dass die Bundesregierung diese Zahlen nicht aus der Presse bekommt, sondern direkt von unseren Bündnispartnern über diese Zahlen informiert wird und sie dann auch an uns weitergibt?

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Der Kollege Arnold hat jetzt, wenn er es möchte, die Gelegenheit, darauf zu erwidern.

Rainer Arnold (SPD):

Frau Kollegin Keul, ich bekomme wie Sie Abgeordnetendiäten und bin nicht der Sprecher der Bundesregierung. Deshalb bin ich die falsche Adresse.

Ich glaube, es ist immer noch nicht klar geworden, um was es tatsächlich geht. Ich habe gehofft, dass ich mich so ausdrücke, dass es richtig verstanden wird. Natürlich weiß eine Einsatzführungszentrale sehr genau, was sie beschließt, was sie tut und wie die Ergebnisse sind. Die Frage, die Sie gestellt haben, war: Welche Auswirkungen haben die Bilder, die die Deutschen zur Unterstützung geliefert haben, auf die Entscheidungen und die Ergebnisse? Dies kann kein Mensch beantworten, auch die Einsatzführungszentrale nicht. So einfach ist das.

Ein Headquarter weiß natürlich, was passiert ist. Wenn ein Angriff stattgefunden hatte, gehen sofort Aufklärer dorthin und werten aus. Da sind Menschen am Boden. Es gibt auch Nichtregierungsorganisationen, die Meldun-

gen machen. Das alles ist nicht neu. Man kann aber keinen kausalen Zusammenhang zwischen der Aufklärung durch deutsche Tornados und der operativen Führung des Einsatzes im Detail herstellen. Darum geht es. Alles andere ist eine andere Frage. Solche Fragen kann und soll man – da sind wir uns übrigens einig – auch beantworten.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Danke schön. – Jetzt hat das Wort der Kollege Thorsten Frei für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thorsten Frei (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute über den Antrag der Bundesregierung über die Verlängerung des Anti-IS-Mandates. Ich will an dieser Stelle noch einmal verdeutlichen: Für uns als CDU/CSU ist dieser Antrag mit oder ohne Protokollerklärung zustimmungsfähig. Wir stehen zu diesem Einsatz – in einer Phalanx mit 64 anderen Ländern und drei internationalen Organisationen –, weil wir glauben, dass es politisch notwendig und humanitär geradezu verpflichtend ist, sich dort zu engagieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, finde ich es nicht okay, wenn so getan wird, als sei die Basis, von der aus wir operieren, völlig disponibel. Natürlich kann man über Alternativen nachdenken. Allerdings sind wir gerade dabei, den IS insbesondere im Irak massiv zurückzudrängen, und die Dinge laufen immer mehr auf Mosul zu. In einer solchen Situation darüber zu sprechen, die Basis für unsere Soldaten und unsere Aufklärungstornados zu verlegen, ist geradezu unverantwortlich.

Der nächste Punkt. Ich will hier feststellen, dass auch für unsere Fraktion das Besuchsrecht bei den Soldaten absolut konstitutiv und wichtig ist; daran besteht überhaupt kein Zweifel. Das weiß aber auch die Bundesregierung. Deswegen hätten wir auf eine solche Klarstellung verzichten können.

Wer, wie heute Mittag Frau Dağdelen, sagt, dass dieses Mandat eine Unterwerfungshandlung der Bundesregierung gegenüber der Türkei und Erdogan sei, der verkennt Ursache und Wirkung und muss zur Kenntnis nehmen, dass wir uns in diesem Fall nicht für die Türkei und nicht für Erdogan engagieren, sondern in unserem eigenen Sicherheitsinteresse und in Solidarität mit der internationalen Staatengemeinschaft; das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ein Ultimatum zu stellen, das sich am Ende nicht gegen Erdogan, sondern – umgekehrt – gegen uns richtet, wäre geradezu töricht. Deswegen, glaube ich, sind wir hier auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thorsten Frei

(A) Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eine humanitäre Verpflichtung, dass wir uns hier engagieren. Allein in den letzten drei Wochen gab es 42 000 Flüchtlinge aus Mosul. Von einigen haben wir inzwischen Augenzeugenberichte erhalten. Sie haben die barbarischen Gräueltaten und die Verbrechen gegen Menschlichkeit, Andersgläubige, Andersdenkende, Frauen und Kinder deutlich zum Ausdruck gebracht.

In einer solchen Situation gibt es zum einen eine humanitäre Verpflichtung. Zum anderen besteht aber auch eine politische Notwendigkeit zum Handeln, die sich daraus ergibt, dass wir den IS bekämpfen müssen, um zu verhindern, dass auch in Zukunft eine Terrororganisation über territoriale Machtmöglichkeiten verfügt. Deswegen muss der IS auch militärisch bekämpft werden. Es darf nicht sein, dass es dort Rückzugsgebiete für Terroristen, Ausbildungsmöglichkeiten für Terroristen und Ausgangspunkte für die Ideenwelten von Terroristen gibt. Das muss verhindert werden. Deswegen brauchen wir auch einen militärischen Einsatz.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein weiterer Punkt. Es ist natürlich vollkommen klar, dass, wenn der IS militärisch besiegt ist, die Ideologie bzw. die Gedankenwelt dieser islamistischen Terroristen nicht verschwunden sein wird. Deswegen werden wir bei diesem Einsatz einen langen Atem brauchen. Wir wissen, dass der IS, indem er Steuern eingezogen und Öl gefördert und verkauft hat, allein zwischen dem Sommer 2014 und dem Sommer 2015 jeden Monat mindestens 250 Millionen Euro eingenommen hat. Das macht ihn zur reichsten Terrororganisation der Menschheitsgeschichte. Dies ist natürlich eine Ausgangsbasis, um diese Ideologie, diese Verblendung und diesen mörderischen Terrorismus auch ohne territoriale Möglichkeiten weiter zu praktizieren. Das ist exakt der Grund, lieber Herr Nouripour, warum wir heute nur über einen Teil dieses Einsatzes sprechen, nämlich über den militärischen; seine Notwendigkeit habe ich erläutert. 133 Millionen Euro wird er kosten. Auf humanitärem Gebiet, bei der zivilen Krisenprävention, bei der Konfliktnachsorge und zur Stabilisierung vor Ort tun wir ein Vielfaches, auch in finanzieller Hinsicht.

(B) Ich will an dieser Stelle das Lob an die Bundesregierung, das heute schon ausgesprochen worden ist, wiederholen. Es ist tatsächlich so, dass wir an der Spitze der Entwicklung stehen. Wir haben uns schon im Frühjahr 2015 innerhalb der internationalen Allianz für Konfliktnachsorge, insbesondere im Irak, engagiert. Wir haben die Federführung innerhalb der internationalen Allianz übernommen. Wir betreiben Konfliktnachsorge, und zwar ganz unmittelbar bei den Menschen: mit Wasser, mit Nahrungsmitteln, mit Elektrizität, mit Gesundheitsleistungen, mit Bildung und allem, was Menschen benötigen, um auch in einer solchen Situation Zukunftszuversicht haben zu können. Allein das Deutsche Rote Kreuz hat für die Flüchtlinge aus Mosul Kapazitäten für 50 000 Personen geschaffen. All das sind Dinge, die wir tun, die wichtig sind und die in dieses Gesamtbild gehören.

(C) Wir engagieren uns dort, um Strukturen zu stabilisieren, Vertrauen zu gewinnen, zurückzugewinnen und Ownership zu ermöglichen. Bei all diesen Dingen sind wir letztlich auch erfolgreich. In der Hochphase gab es im Irak 3,2 Millionen Binnenflüchtlinge, von denen etwa 1 Million schon wieder in ihre Herkunftsorte zurückgefunden haben. Allein nach Tikrit sind 90 Prozent der Flüchtlinge wieder zurückgekehrt, nachdem die Stadt von ISIS befreit war. Das sind Fakten, die man einfach zur Kenntnis nehmen muss und die man nicht ignorieren darf, nur weil es einem politisch in den Kram passt.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Das ist das Gesamtbild, für das wir uns einsetzen. Deshalb ist dieser Einsatz richtig und notwendig, und deswegen stimmen wir ihm zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit der Faktenlage in der Türkei? Kein Wort zur Türkei gesagt!)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Die Kollegin Dağdelen hat gebeten, in einer Kurzintervention Stellung nehmen zu dürfen, weil sie namentlich angesprochen worden ist. Diese Kurzintervention lasse ich zu. – Sie haben das Wort.

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

(D) Verehrter Herr Kollege Frei, Sie haben mich ja namentlich genannt und angesprochen. Ich bezeichnete die Protokollerklärung der Bundesregierung zum Mandat, die die unverbindliche Aussage enthält, dass sich die Bundesregierung bemühen würde, dass Bundestagsabgeordnete auch ihr Besuchsrecht in Incirlik wahrnehmen können – das halte ich für eine Selbstverständlichkeit –, als einen Kniefall vor dem türkischen Präsidenten Erdogan, weil Sie unsere Parlamentsarmee diesem Despoten damit auf einem Silbertablett servieren.

Eine Parlamentsarmee ohne parlamentarische Kontrolle kann und darf es nicht geben. Es gibt kein Besuchsrecht für uns Bundestagsabgeordnete, die wir heute hier – alle und nicht nur wir, die Mitglieder des federführenden Ausschusses – namentlich über diesen Bundeswehreininsatz abstimmen müssen. Das finde ich einfach fatal, und ich finde es angesichts der aktuellen Situation in der Türkei auch ein falsches Signal, dass man an diesem Bundeswehreininsatz in der Türkei mit der Stationierung in Incirlik festhält und dem Despoten damit den Rücken stärkt.

Ich komme nun zu Ihrem eigentlichen Argument, Sie würden das nur wegen der internationalen Koalition gegen den Terrorismus des „Islamischen Staates“ machen. – Ich muss Sie wirklich fragen, warum Sie das falsche Spiel Ihres türkischen Partners Erdogan nicht beenden, der bis heute die Grenze zum „Islamischen Staat“ offenhält, der laut französischem Geheimdienst jede Woche über 100 Kämpfer über die türkische Grenze als Nachschub zum „Islamischen Staat“ gehen lässt und der bis heute die Nachschubwege für die Waffen offenhält.

Sevim Dağdelen

- (A) Bis heute findet durch den „Islamischen Staat“ noch Ölschmuggel über die türkische Grenze statt.

Ihr Partner Erdogan ist kein Partner im Kampf gegen die Terrororganisation IS. Er ist selbst ein Terrorpate; das hat auch die Bundesregierung gesagt. Die Bundesregierung hat gesagt, die Türkei sei zu einer zentralen Aktionsplattform für islamistischen Terrorismus im ganzen Nahen und Mittleren Osten geworden.

Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr. Deshalb sollten Sie, wenn Sie aufrichtig gegen den IS kämpfen wollen, aufhören, den Despoten Erdogan zu unterstützen, und Sie sollten uns auch keinen Sand in die Augen streuen, wonach Erdogan mit Ihnen gemeinsam gegen den IS kämpfen würde. Das Gegenteil ist der Fall: Er unterstützt die islamistischen Terror- und Mörderbanden in Syrien. Deshalb sagen wir Nein zu diesem Bundeswehreinsatz.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Herr Kollege Frei, wenn Sie wünschen, dann können Sie darauf antworten.

Thorsten Frei (CDU/CSU):

- (B) Liebe Frau Kollegin Dağdelen, zunächst einmal ist es unbestritten, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist und dass dazu auch Besuchsrechte von Bundestagsabgeordneten gehören. Ich bin davon überzeugt, dass die Bundesregierung dies nicht nur weiß, sondern auch dafür sorgen wird, dass diesem Recht zum Durchbruch verholfen wird. Aber eine Frage, die sich daraus auch ergibt, ist, wie man so etwas organisiert. Ich glaube nicht, dass es für unsere deutschen Soldaten sinnvoll ist, wenn 630 Bundestagsabgeordnete, die alle über diesen Einsatz entscheiden, einzeln nach Incirlik pilgern. Sicherlich wird man dafür pragmatischere Lösungen finden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zum Zweiten: Selbst wenn ein Teil dessen, was Sie zur Analyse der Situation und zur Rolle der Türkei im Nordirak und in Syrien gesagt haben, stimmen würde, rechtfertigte es nicht die Schlussfolgerung, die Sie daraus ziehen. Sie zeigt eigentlich, dass Sie eher türkische Innenpolitik betreiben, als dass Sie im Interesse der Menschen vor Ort, aber auch im Interesse unserer Sicherheit die richtigen Schlussfolgerungen ziehen. Dass es dort Probleme und Schwierigkeiten gibt, ist doch unbestritten. Aber dieser Einsatz hilft, die Probleme zu lösen, und trägt nicht dazu bei, sie zu verschärfen, wie Sie glauben machen wollen. Deshalb ist der Einsatz richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Abschließende Rednerin in dieser Aussprache ist die Kollegin Julia Obermeier für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Julia Obermeier (CDU/CSU):

(C)

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Nachmittag haben wir in der Vereinbarten Debatte bereits ausführlich über die aktuelle Lage in der Türkei gesprochen. Kommende Woche reise ich zur NATO-Parlamentstagung nach Istanbul. Dort werde ich, dort werden wir die Missstände offen ansprechen, und wir werden die Türkei an die Werte erinnern, auf denen die NATO aufbaut.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Als Mitglied der CSU, die sich schon immer klar gegen einen Beitritt der Türkei zur EU ausgesprochen hat, bin ich sicherlich nicht verdächtig, der Türkei unkritisch gegenüberzustehen. Aber ich stelle fest: Der NATO-Luftwaffenstützpunkt in Incirlik ist heute der strategisch wichtigste Ausgangspunkt im Kampf gegen den IS. Die Kollegen aus dem Verteidigungsausschuss haben Anfang Oktober unsere 250 Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten in Incirlik besucht, und solche Besuche müssen auch zukünftig möglich sein.

Natürlich wollen wir vorbereitet sein. Die Bundesregierung wird deshalb andere Luftwaffenstützpunkte zum Beispiel in Jordanien oder in Zypern als mögliche Alternativen prüfen. Aber ich erinnere noch einmal daran: Unsere Soldatinnen und Soldaten sind nicht wegen der Türkei in Incirlik, sondern um den IS zu bekämpfen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender Franz Josef Jung hat es heute in der Debatte treffend formuliert: Gerade jetzt, im entscheidenden Kampf um die IS-Hochburgen Mosul und Rakka, dürfen wir die internationale Allianz nicht im Stich lassen. Unsere Männer und Frauen in Uniform werden dringend gebraucht. Beispielsweise stellen sie die Luft-Luft-Betankung, und sie tragen zu einem umfassenden Lagebild bei. Die Tornado-Aufklärungsflugzeuge liefern gestochen scharfe Bodenaufnahmen des Gebiets, in dem der IS sein Unwesen treibt. Zukünftig werden wir uns an AWACS-Aufklärungsflügen der NATO beteiligen und die besten Bilder für die Luftraumüberwachung bereitstellen.

(D)

Doch Deutschland engagiert sich in Syrien nicht nur sicherheitspolitisch; vielmehr verfolgen wir einen umfassenden, vernetzten Ansatz. Deutschland ist einer der größten Geldgeber in der Region. Wir leisten humanitäre Hilfe. Wir unterstützen die vom IS befreiten Städte beim Wiederaufbau, und wir helfen den Nachbarstaaten Syriens, die großen Flüchtlingsströme zu bewältigen. Die Menschen dort brauchen Nahrung, Wasser, Krankenhäuser und Schulen; sie brauchen Arbeit und eine Perspektive. Dafür nehmen wir Geld in die Hand. Deshalb ist es wichtig, dass wir den Etat unseres Entwicklungsministers, lieber Gerd Müller, für das kommende Jahr erhöhen wollen.

Auch gehen wir den mühsamen und langwierigen Weg der Diplomatie. Deutschland unterstützt die internationalen Bemühungen unter Leitung der Vereinten Nationen intensiv. Wir wollen Sicherheit für die notleidende Bevölkerung in Syrien und insbesondere auch in Aleppo erreichen.

Julia Obermeier

- (A) Es ist ein sehr langer und steiniger Weg, bis Syrien vom Terror des IS befreit sein wird. Für ihren großartigen Einsatz zur Erreichung dieses Ziels möchte ich unseren Soldatinnen und Soldaten meinen herzlichen Dank und den Dank meiner CDU/CSU-Fraktion aussprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen ihnen heute ein starkes Signal des Rückhalts aus dem Deutschen Bundestag senden. Daher bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zum Antrag der Bundesregierung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung und Ergänzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS.

Dazu liegt mir eine Reihe von schriftlichen Erklärungen nach § 31 unserer Geschäftsordnung vor.¹⁾

- (B) Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/10244, den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 18/9960 anzunehmen. Wir stimmen über diese Beschlussempfehlung namentlich ab.

Ich darf einmal fragen, ob alle Plätze an den Abstimmungsurnen mit Schriftführern besetzt sind. – Ich sehe, dass das überall der Fall ist. Damit haben wir alle formalen Voraussetzungen erfüllt. Ich kann die Abstimmung jetzt eröffnen.

Gibt es noch ein Mitglied des Hohen Hauses, das seine Stimme abgeben möchte, aber dazu bisher noch nicht in der Lage war? Dann bitte ich, das schnell nachzuholen. – Ich sehe, dass jetzt alle ihre Stimme abgegeben haben. Jedenfalls gibt es keinerlei andere Bekundungen. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.²⁾

Ich bitte jetzt alle, Platz zu nehmen, weil wir noch über die Entschließungsanträge abstimmen werden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/10293. Wer für diesen Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke stimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD sowie Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt.

¹⁾ Anlagen 7 bis 9

²⁾ Ergebnis Seite 19854 D

Wir kommen jetzt zum Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/10294. Wer für diesen Entschließungsantrag stimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD sowie Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.

Damit verlassen wir jetzt den Tagesordnungspunkt 11.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Markus Kurth, Maria Klein-Schmeink, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mit Sicherheit in die Selbständigkeit – Für eine bessere Absicherung von Selbständigen

Drucksache 18/10035

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss Digitale Agenda

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Dann ist das somit beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen Markus Kurth für Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln heute ein Thema, das uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier schon seit einigen Jahren beschäftigt: die soziale Absicherung von Selbstständigen. Ich möchte zunächst daran erinnern, wie hochsensibel dieses Thema ist. In der letzten Legislaturperiode hat die schwarz-gelbe Regierungskoalition schon einmal einen Versuch unternommen, Selbstständige in die Rentenversicherung bzw. in die Vorsorge mit einzubeziehen. Da war eine Menge los: Es war die Rede von einer „Zwangssrente“ und einer „Zwangskollektivierung“, die die CDU/CSU versuchen würde. Es gab eine öffentliche Petition mit 80 000 Unterschriften, und der Verband der Gründer und Selbstständigen Deutschland wurde gegründet; ich glaube, er hat mittlerweile über 2 000 Mitglieder.

Da war wirklich was los. Auch die Vorschläge hatten es aus Sicht gerade der kleinen Solo-Selbstständigen in sich. Jeder und jede Selbstständige unter 30 Jahren sollte bis zu 400 Euro pro Monat in eine Vorsorge einzahlen. Das ist gründlich schiefgegangen. Dieses Vorhaben ist schließlich sang- und klanglos zurückgezogen worden. Wir, Bündnis 90/Die Grünen, haben uns das Ergebnis dieser Auseinandersetzung angesehen und sind zu dem Schluss gekommen, dass die Notwendigkeit einer sozialen Absicherung gerade von Solo-Selbstständigen und allen anderweitig nicht abgesicherten Selbstständigen besteht. Wir stellen nun einen komplett neuen Ansatz vor, der nicht nur die einzelnen Sozialversicherungszweige

(C)

(D)

Markus Kurth

- (A) einbezieht, sondern eine Gesamtschau vornimmt. Wir machen Selbstständigen mit unserem Antrag ein attraktives All-inclusive-Angebot.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir machen ein Angebot, das Selbstständige nicht strangulieren wird, sondern ihnen Flexibilität und Sicherheit im Bereich der Gesundheitsversorgung sowie eine Basisicherung im Renten- und Pflegebereich gibt. Wir haben im Blick, dass Selbstständige nicht nur in einem Versicherungszweig versichert sein müssen, sondern in mehreren und dass das alles vernünftig aufeinander abgestimmt sein muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus haben wir uns genau angehört, was Selbstständige zu den sozialrechtlichen Begutachtungsverfahren sagen, zu den Prüfungen, mit denen ermittelt werden soll, ob man abhängig beschäftigt oder selbstständig ist. Das führt zu viel Rechtsunsicherheit gerade bei Solo-Selbstständigen. Wir haben auch mit Menschen aus Kreativberufen gesprochen. Wir unternehmen nun – auch in Abstimmung mit gewerkschaftlichen Positionen – den Versuch, das trennscharf, unbürokratisch und gut abzuschern. Wir machen heute nicht nur den Selbstständigen ein Angebot, sondern sprechen allen hier im Haus vertretenen Fraktionen auch die Einladung aus, sich dieser Gesamtschau zu öffnen und gemeinsame Lösungen im Sinne dieses Schutzbedürfnisses zu finden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Wir machen folgende Vorschläge: Gerade Selbstständige mit kleinen Einkommen sollen bei ihrer sozialen Absicherung nicht überfordert werden. Darum wollen wir die Mindestbeiträge für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung sowie zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung absenken und – ab einem niedrigen, angemessenen Mindestbeitrag – einkommensabhängig gestalten. Wir wollen die nicht anderweitig abgesicherten Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen – auch hier soll es einkommensabhängige Beiträge geben – und vor allen Dingen für mehr Flexibilität sorgen. Selbstständige sollen in guten Zeiten mehr Beiträge zahlen, um schlechte Zeiten auszugleichen oder für zu erwartende Auftragsflauten vorzusorgen. Wir wollen auch für mehr Flexibilität gerade in der Gründungsphase eines Unternehmens sorgen, wenn es noch nicht so richtig läuft. Wir wollen die Start-ups nicht in der Gründungsphase strangulieren, sondern ihnen Raum zum Atmen lassen und den Selbstständigen, wenn die Sache läuft, ermöglichen, nachzuzahlen und den vollen Versicherungsschutz wiederherzustellen. Zu so viel Flexibilität und Anpassung sind unsere über 100 Jahre alten Sozialversicherungssysteme fähig. Das haben mir erst gestern

- wieder Vertreter der gesetzlichen Rentenversicherung gesagt. Sie haben gesagt: „Das schaffen wir auch noch“, und waren ganz optimistisch, dass das klappen wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich wollen wir auch nach Möglichkeiten suchen, Auftraggeberinnen und Auftraggeber an den Sozialversicherungsbeiträgen zu beteiligen. Das ist keine triviale Aufgabe; das ist uns völlig klar. Aber wir wissen, dass Auftraggeberinnen und Auftraggeber in manchen Fällen Selbstständige beauftragen, um Sozialversicherungsbeiträge zu sparen. Modelle dieses Unterlaufens wollen wir beseitigen. Deshalb müssen wir nach alternativen Möglichkeiten suchen.

Ein gutes Beispiel ist die Künstlersozialkasse, an deren Finanzierung die Auftraggeber durch eine Verwerterabgabe beteiligt sind. Das funktioniert in dieser Sparte ganz gut. Aber natürlich kann man das Prinzip der Künstlersozialkasse nicht umstandslos auf alle Selbstständigen ausdehnen. Ich gebe offen zu, dass wir da kein Patentrezept haben. Wir suchen nach an den jeweiligen Auftraggebern angepassten Lösungen. Aber gerade mit Blick auf Vermittlungsplattformen wie Crowdworker, die in Zukunft immer wichtiger werden, ist es Aufgabe für vorausschauende Politik in diesem Hause, Beteiligungsmöglichkeiten von Auftraggebern zu finden und so die Einnahmehasis der Sozialversicherung zu stärken sowie vor allen Dingen – das ist das Wichtigste – die soziale Sicherung in der Selbstständigkeit zu ermöglichen; denn nur soziale Sicherheit gibt Selbstständigen Freiraum, Entspannung und Kraft für mehr Kreativität, und das wollen wir.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Bevor jetzt gleich der Kollege Peter Weiß das Wort erhält, darf ich bekannt geben das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über die Beschlussempfehlung zu dem Antrag „Fortsetzung und Ergänzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS auf Grundlage von Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 7 des Vertrages über die Europäische Union und den Resolutionen 2170 (2014), 2199 (2015), 2249 (2015) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie des Beschlusses der Staats- und Regierungschefs vom NATO-Gipfel am 8./9. Juli 2016“: abgegebene Stimmen 586. Mit Ja haben gestimmt 445, mit Nein haben gestimmt 139, Enthaltungen 2. Die Beschlussempfehlung ist damit angenommen.

Endgültiges Ergebnis		Ja
Abgegebene Stimmen:	586;	CDU/CSU
davon		
ja:	445	Stephan Albani
nein:	139	Katrin Albsteiger
enthalten:	2	Artur Auernhammer

Dorothee Bär	Veronika Bellmann
Thomas Bareiß	Sybille Benning
Norbert Barthle	Dr. André Berghegger
Günter Baumann	Dr. Christoph Bergner
Maik Beermann	Ute Bertram
Manfred Behrens (Börde)	Peter Beyer

(C)

(D)